

ÖGB-Frauen fordern Konjunkturpaket

Utl.: Spezielle Maßnahmen für Frauen müssen rasch umgesetzt werden =

Wien (ÖGB) - Die weltweit herrschende Finanzkrise macht es notwendig, Maßnahmen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu treffen. In Zeiten von Wirtschaftskrisen werden Frauen von ihren meist ohnehin schon schlecht bezahlten Jobs in noch prekärere Arbeitsverhältnisse oder sogar in Arbeitslosigkeit gedrängt. Einige ManagerInnen, die aktiv zur Entstehung der Krise beigetragen haben, lassen sich hohe Provisionen und Abfertigungen auszahlen, während ArbeitnehmerInnen um ihre Existenz fürchten. ++++

"Wichtig ist, dass der Staat seine Aufgabe als Beobachtungs- und Kontrollorgan verstärkt wahrnimmt, um rechtzeitig Abweichungen und Krisensituationen zu erkennen und dementsprechend reagieren zu können. Für uns ist klar, dass rasch Konzepte entwickelt werden müssen, die der Wirtschaftskrise entgegenwirken. Wir benötigen Maßnahmen, die Arbeitsplätze nachhaltig sichern und neue schaffen", fordert Renate Csörgits, ÖGB-Frauenvorsitzende.

Die Forderungsschwerpunkte der ÖGB-Frauen

Investitionen

- Sofortige Setzung von nachhaltigen baulichen Investitionen, wie zum Beispiel Ausbau und Schaffung von Bildungseinrichtungen, von Kinderkrippe bis Universität.
- Höhere Investitionen im Gesundheits-, Betreuungs-, Pflege und Sozialbereich, um zusätzlich Arbeitsplätze zu schaffen.
- Koppelung der Wirtschaftsförderung an Frauenförderung und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen analog dem "Bankenpaket".

Aktive Arbeitsmarktpolitik

- Oberste Priorität hat die Fortsetzung der Anstrengungen, Frauen in nichttraditionellen Berufen und Zukunftsberufen aus- und weiterzubilden und zu beschäftigen.
- Zeiten in denen Menschen arbeitslos bzw. nicht erwerbstätig sind (z.B. Karenz) verstärkt für Qualifizierung nutzen.
- Ein weiterer Rückzug des Staates als privatwirtschaftlicher Akteur ist abzulehnen. Es sind Maßnahmen zu setzen, welche in diesen Bereichen die bestehenden Arbeitsplätze sichern und neue schaffen.

Stützung der Kaufkraft

- Es soll ein Steuerbonus in Höhe von 450 Euro/Jahr rückwirkend, sowohl für Erwerbstätige als auch für PensionistInnen, bereits ab 2008 ohne Antragstellung amtswegig gewährt werden.
- Rasche Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und der Ausbau begleitender Integrationsmaßnahmen sowie eine deutliche Anhebung der Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld.

Das gesamte Forderungspaket der ÖGB-Frauen finden Sie auf www.oegb.at

ÖGB, 11. November 2008

Nr. 648

Rückfragehinweis:

ÖGB Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Tel. (++43-1) 534 44/222

Fax.: (++43-1) 533 52 93

<http://www.oegb.or.at>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0155 2008-11-11/11:54

111154 Nov 08

Link zur Aussendung:

http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20081111_OTS0155